

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XXI, No. 4–2005

WTO AT THE CROSSROADS Stand und Perspektiven des Welthandelsregimes

Schwerpunktredaktion: Werner Raza

Mandelbaum Edition Südwind

Inhaltsverzeichnis

- 4 Editorial
- 6 KUNIBERT RAFFER
Reinforcing Divergence between North and South:
Unequal Exchange and the WTO Framework
- 25 ALEXANDRA STRICKNER
Die Verhandlungen zur weiteren Liberalisierung des
Agrarhandels – Reduktion unfairen Protektionismus’ oder ein
Schritt in Richtung Nahrungsmittelsouveränität?
- 44 PETER DRAHOS
An Alternative Framework for the Global Regulation of Intellectual
Property Rights
- 69 CHRISTINA DECKWIRTH, STEFAN SCHMALZ
Die EU im globalen Handelssystem –
zwischen Bi- und Multilateralismus?
- 93 WERNER RAZA
Fairer Handel und Global Governance oder De-Globalisierung:
Positionen der alter-mondialistischen Bewegung zur Zukunft des
globalen Handelsregimes
- 112 Rezension
- 116 Autorinnen und Autoren
- 120 Impressum

Subventionszahlungen werden in der Mainstream-Debatte als Hauptursachen dieses Problems benannt. Vor dem Hintergrund dieser Situation wurde Ende der 1980er/Beginn der 1990er Jahre das WTO-Landwirtschaftsabkommen im Rahmen der Uruguay-Runde verhandelt. Der Abbau von Exportsubventionen und internen Förderzahlungen sowie der Abbau von Zöllen sind die Eckpfeiler dieses Abkommens. Damit sollen die bestehenden Probleme und Verzerrungen im Agrarhandel gelöst werden. Die erste Version des Landwirtschaftsabkommens brachte jedoch nicht die erhofften Veränderungen. Weder wurde das zentrale Problem des Dumping damit gelöst, noch hat der Großteil der Entwicklungsländer ihre Exportanteile am Weltmarkt erhöhen können. Dies gilt insbesondere z.B. für die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs). Ende 2001 haben die WTO-Mitglieder bei der 4. Ministerkonferenz in Doha/Katar beschlossen, eine weitere Verhandlungsrunde, die so genannte Doha-Entwicklungsrunde, zu lancieren. Diese soll vor allem die Interessen der Entwicklungsländer berücksichtigen. Entgegen der Uruguay-Runde, die noch in aller Ruhe und Abgeschlossenheit von einem breiten öffentlichen Interesse verhandelt werden konnte, gibt es heute ein reges Interesse und eine öffentliche Debatte über die weitere Liberalisierung des Handels allgemein und insbesondere des Agrarhandels. Soziale Bewegungen und eine große Bandbreite von Nichtregierungsorganisationen engagieren sich in dieser Diskussion, mit zum Teil sehr unterschiedlichen Positionen. Ihnen allen gemein ist die Ansicht, dass es globale Regeln für den internationalen Agrarhandel braucht. Ob jedoch der Abbau eines unfairen Schutzsystems mit Subventionszahlungen in Industrieländern – v.a. in der EU und den USA – und die weitere Öffnung der Agrarmärkte die Verbesserung der Lebens- und Einkommenssituation von ProduzentInnen insbesondere in Entwicklungsländern erhöht, ist höchst umstritten. Die Regierungen vieler Entwicklungsländer fordern weiterhin das Ende der protektionistischen Maßnahmen (insbesondere die Abschaffung der Subventionen) und die Öffnung der Agrarmärkte der Industrieländer und sind auch bereit selbst weitere Zollreduktionen in Kauf zu nehmen. Lediglich jene Produkte, welche für Ernährungssicherheit und ländliche Entwicklung wichtig sind, sollen von weiteren Liberalisierungsmaßnahmen ausgenommen werden. Dagegen fordern Bauerngewerkschaften im Süden wie im Norden zunehmend das Ende der Liberalisierungspolitik in der Landwirtschaft sowie die Erarbeitung von globalen Handelsregeln für Agrargüter, die eine auf ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechten basierende lokale oder regionale Landwirtschaft ermöglichen.

Der zunehmende Unterschied zwischen dem, was Bauerngewerkschaften im Süden wie im Norden und dem, was ihre Regierungen fordern, bringt jene Widersprüche ans Licht, die in der Frage des Agrarhandels bisher ausgeblendet

waren. Vordergründig wird die als protektionistisch bezeichnete Politik der EU und USA, insbesondere deren Agrarsubventionen – im Falle der EU die hohen Importzölle – sowie die Forderungen nach mehr Marktöffnung in Richtung Entwicklungsländer als großer Widerspruch dargestellt. Diese Politik und die damit verbundenen Forderungen sind auch zweifelsohne widersprüchlich. Dieser Widerspruch blendet jedoch die AkteurInnen im Agrarhandel aus sowie die grundlegenden Veränderungen in der landwirtschaftlichen Produktion und im Lebensmittelsektor, die für ein Verständnis und eine sinnvolle Beantwortung der im Titel gestellten Fragestellung notwendig sind. Die Marktstrukturen haben sich in den letzten Jahrzehnten entlang der gesamten Lebensmittelkette massiv konzentriert. In fast allen Bereichen – angefangen von der Produktion von Samen, Dünger etc. bis hin zum Verkauf – kontrolliert eine Hand voll von Unternehmen den Großteil des Marktes. Dasselbe gilt für den Handel von agrarischen Rohstoffen (vgl. Vorley 2003). Die transnationalen Unternehmen in diesem Sektor haben u.a. ein Interesse an hohen Handelsvolumen und niedrigen Rohstoffpreisen. Viele dieser Unternehmen sind vertikal integriert, d.h. sie besitzen entlang der Lebensmittelproduktion verschiedene Unternehmen, die in unterschiedlichen Ländern operieren. Die Forderung der weltweiten Inkonkurrenzsetzung von landwirtschaftlichen ProduzentInnen durch den Abbau jeglicher Schutzmaßnahmen (v.a. Zölle) ist daher v.a. im Interesse dieser Unternehmen und einem industrialisierten landwirtschaftlichen Produktionssystem. Agrarische Rohstoffe sollen dort erzeugt werden, wo die Kosten am niedrigsten sind und dann für ihre Weiternutzung oder -verarbeitung in ein jeweils anderes Land gebracht werden.

Die Liberalisierung des Agrarhandels und die damit verbundenen Fragestellungen nach einer Reduktion von unfairer Protektionismus oder einem Schritt in Richtung Nahrungsmittelsouveränität sind vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen zu beantworten.

2. Zum Inhalt der gegenwärtigen Agrarverhandlungen in der WTO

Das WTO-Landwirtschaftsabkommen besteht aus drei wesentlichen Eckpfeilern – interne Förderzahlungen, Exportwettbewerb (Exportsubventionen und -kredite sowie Nahrungsmittelhilfe) und Marktzugang. Bei seiner erstmaligen Verhandlung im Rahmen der Uruguay-Runde standen vor allem die Subventionspraktiken der Industrieländer – insbesondere der EU und der USA – im Zentrum der Kritik, da sie als wesentliche Ursache für die bestehenden Handelsverzerrungen im Agrarbereich gesehen wurden und werden. Beim Abschluss des Agrarabkommens (1994) haben sich die Industrieländer verpflicht-

tet, zum einen ihre internen Subventionszahlungen auf ein bestimmtes Niveau einzufrieren und die Exportförderungen zu reduzieren. Die internen Förderzahlungen wurden entsprechend des Ausmaßes ihrer handelsverzerrenden Wirkung in unterschiedliche Kategorien eingeteilt, die heute als gelbe, blaue und grüne Boxen bekannt sind. Kaum bis gar nicht handelsverzerrende Subventionszahlungen sollen weiterhin unbeschränkt erlaubt sein (grüne Box), während langfristig alle handelsverzerrenden Subventionszahlungen abgeschafft werden sollen (gelbe & blaue Box). Für den Bereich Marktzugang wurden alle bestehenden nicht-tarifären Handelshemmnisse in Zölle umgerechnet sowie die Agrarzölle für jedes WTO-Mitgliedsland auf einem bestimmten maximalen Zollniveau festgeschrieben. Damit sollte das bestehende Zollsystem einheitlicher und transparenter gemacht werden sowie der Marktzugang durch Zollreduktionen verbessert werden. Für Entwicklungsländer wurden niedrigere Reduktionsniveaus sowie längere Fristen bei der Umsetzung der Liberalisierung vereinbart, um somit der Unterschiedlichkeit der Handelspartner Rechnung zu tragen.

Das Doha-Mandat für die gegenwärtigen Verhandlungen im Agrarbereich sieht weitere Reduktionen im Bereich der internen Subventionszahlungen und der Zölle vor sowie die vollständige Abschaffung der Exportsubventionen und -kredite. Im Bereich Marktzugang sollen vor allem die Entwicklungsländer einen verbesserten Zugang zu den Märkten der Industrieländer erhalten. Das Vorhaben, bereits Monate vor der Ministerkonferenz in Cancún im September 2003, erste konkrete Vorgaben für alle drei Bereiche ausverhandelt zu haben, konnte nicht realisiert werden. Der kurz vor dem Treffen in Cancún vorgelegte Text für die Reformierung des Agrarabkommens (sog. Derbez-Text) trug die Handschrift der EU und der USA. Der Vorschlag bediente im Wesentlichen nur deren offensive (Marktzugang zu Entwicklungsländern) und defensive Interessen (möglichst Beibehaltung des bestehenden Subventionssystems). Als Reaktion auf diesen Text wurde auf Initiative von Brasilien, Indien und China die so genannte Gruppe der 20 (G20) gegründet. Die G20 ist ein Zusammenschluss von mehreren großen und einigen kleinen Entwicklungsländern mit recht unterschiedlichen Interessen im Agrarhandel. So hat Brasilien im Agrarhandel offensive Interessen, da es für die brasilianische Agrarindustrie den Zugang zu neuen Märkten im Norden wie im Süden verhandeln möchte. Indien hingegen mit rund 600 Millionen Kleinbauern und -bäuerinnen hat vielmehr ein Interesse daran, dass allfällige weitere Zollreduktionen möglichst gering ausfallen. Zu massive Zollreduktionen würden zu einer Zunahme von billigen, meist gedumpten Agrarexporten führen und somit die Existenz der KleinproduzentInnen gefährden. Für diese Menschen gibt es jedoch im Großen und Ganzen keine Arbeitsplatzalternative. Eine weitere Öffnung der eigenen Agrar-

märkte bedeutet für Entwicklungsländer wie Indien – und noch viel mehr für LDCs – eine Verschärfung des sozialen Problems, d.h. Landflucht, Wachstum der Slums in den Städten, Armut und Migration. Was Entwicklungsländer mit so unterschiedlichen Interessen in dieser Gruppe vereint, sind ihre Forderungen nach dem Ende der Exportsubventionen und einem Abbau der internen Subventionszahlungen – und das Wissen darum, dass sie ihre Positionen und Interessen in einer Gruppe besser vertreten können als einzeln.

Nach dem Abbruch der Verhandlungen in Cancún wurde die aktuelle Verhandlungsrunde Ende Juli 2004 mit der Verabschiedung des so genannten Juli-Rahmenabkommens wieder auf Schiene gesetzt. Dies war möglich, weil die USA, die EU, Australien, Brasilien und Indien den Rahmen für die weiteren Agrargespräche ausverhandelt hatten. Im Wesentlichen wurden die Eckpfeiler für die weiteren Verhandlungen von einer kleinen Gruppe vorgegeben, und das obwohl fast alle WTO-Mitglieder ein explizites Interesse an den WTO-Landwirtschaftsverhandlungen haben. Dieser Umstand ist ein Ausdruck der politischen Kräfte- und Machtverhältnisse in der WTO. Mit der Etablierung dieser Gruppe auf Initiative der USA wurde damit der Versuch gestartet, die G20 ein Stück weit zu vereinnahmen – nachdem die Versuche, diese Gruppe auseinander zu dividieren, gescheitert waren. Brasilien und Indien sind jedoch zwei große Schwellenländer, die mit sehr erfahrenen VerhandlerInnen arbeiten. Die These der Vereinnahmung kann also nur ein Stück weit vertreten werden. Beide Länder, wie auch andere Mitglieder der G20, haben ein Interesse am Abschluss eines „Deals“, solange die Bilanz zwischen Verlusten und Gewinnen positiv ausfällt.

Mit Blick auf die nächste WTO-Ministerkonferenz in Hong Kong im Dezember 2005 haben sich die Agrarverhandlungen seit Anfang 2005 wiederum intensiviert. Die wesentlichen Handelspartner im Agrarhandel feilschen darüber, in welchem Ausmaß interne Subventionszahlungen und Zölle zu reduzieren sind, ob die gegenwärtige Klassifizierung der internen Förderzahlungen der Wirkung derselben in der Realität entspricht und bis wann die Exportsubventionen und -kredite abgeschafft werden müssen. Auf einem Nebenschauplatz gibt es Gespräche über die mögliche Ausnahme von einigen wichtigen Agrarrohstoffen von jeglicher Zollreduktion oder weiteren Zollreduktionen, sofern diese für die Ernährungssicherheit, das Einkommen von Armen oder die ländliche Entwicklung eines Landes wichtig sind. Ebenso sollen spezielle Schutzmaßnahmen vor unerwartet massiven Billigimporten für Entwicklungsländer verhandelt werden.

Mit diesen Verhandlungen wird somit die Liberalisierung des Agrarhandels und damit der Landwirtschaft insgesamt weiter vorangetrieben. Und dies,

obwohl der Handel mit agrarischen Gütern heute lediglich 10% (vgl. Clay 2004) der gesamten landwirtschaftlichen Produktion ausmacht. Die bisherigen Erfahrungen mit der Umsetzung des aktuellen Agrarabkommens werden weder evaluiert noch werden die theoretischen Grundlagen hinterfragt. Viele Institutionen, wie Weltbank, IMF oder OECD, sehen die Ursachen für die Erfolglosigkeit des bestehenden Abkommens in der zu geringen Marktöffnung sowie in den immer noch zu hohen Subventionszahlungen. Diese Institutionen und auch viele WTO-Mitglieder im Norden wie im Süden vertreten weiterhin die Ansicht, dass mehr Agrarexporte für Entwicklungsländer mehr Einkommen und somit Wohlstand bedeuten und dass im Sinne einer globalen Arbeitsteilung, die die komparativen Kostenvorteile nutzt, die landwirtschaftliche Produktion in diesen Ländern erfolgen soll.

3. Entwicklung durch die Liberalisierung des Agrarhandels?

„If prices for the ten most important (in terms of export values) agricultural commodities exported by developing countries had risen in line with inflation since 1980, these exporters would have received around US\$112 billion more in 2002 than they actually did. This is more than twice the total amount of aid distributed worldwide.” (FAO 2004: 23)

Diese Feststellung im kürzlich publizierten Bericht der FAO (2004) zur Entwicklung von agrarischen Rohstoffpreisen wirft die Frage auf, ob mehr Agrarexporte zu mehr Wohlstand und Entwicklung führen. Damit stellt sie auch die Frage in den Raum, ob die weitere Öffnung der Agrarmärkte, die im Zentrum der Agrarverhandlungen steht, Entwicklungsländern aus der Armutsfalle helfen kann. Diesem Bericht zufolge ist der Wert der exportierten Rohstoffe innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte massiv gefallen, während das Exportvolumen laufend zugenommen hat. In den WTO-Agrarverhandlungen werden die Probleme im Agrarhandel jedoch in erster Linie auf Subventionszahlungen und den ungleichen Marktzugang der jeweiligen Handelspartner reduziert. Verbesserter Marktzugang von Produkten aus Entwicklungsländern in Industrieländer (aber auch in andere Entwicklungsländer) und der Abbau der Förderzahlungen sollen Entwicklungschancen bringen. Mehr Exporte stehen für mehr Deviseneinnahmen und somit Entwicklung. Auf der Basis der Theorie der komparativen Kostenvorteile wird argumentiert, dass die Entwicklungsländer agrarische Rohstoffe billiger produzieren können. Ein liberalisierter Agrarmarkt (keine Zölle, keine Subventionen) würde also die Rahmenbedingungen herstellen, in dem via Wettbewerb diese komparativen Kostenvorteile zum Tragen kommen könnten. Laut diesem Ansatz wären viele

ProduzentInnen im Norden ohne Subventionszahlungen nicht wettbewerbsfähig und würden ihre landwirtschaftliche Produktion aufgeben. Der Ausfall dieser Produktion kann in der Folge von den Ländern im Süden ersetzt werden, noch dazu billiger. Die Preise für landwirtschaftliche Rohstoffe würden ebenfalls steigen, da die Produktion in Industrieländern in dieser Gleichung zurückgehen würde. In Summe würden also alle Beteiligten gewinnen. Entwicklungsländer hätten mehr Einnahmen aufgrund eines größeren Exportvolumens und auch höherer Preise. Industrieländer können sich auf Industriegüterproduktion und den Dienstleistungssektor konzentrieren, während in einer globalen Arbeitsteilung die Ernährung der Welt von Bauern und Bäuerinnen im Süden sichergestellt wird.

Theoretisch klingen dieser Ansatz und diese Analyse gut und nachvollziehbar. Sie bieten auch eine relativ einfache Lösung (Abbau der Subventionszahlungen, Abbau von Zöllen) und benennen klar die Verantwortlichen der derzeitigen Situation. Die Realität zeichnet jedoch ein gänzlich anderes Bild.

4. Mehr Exporte – relativ sinkende Deviseneinnahmen

Ein Blick auf empirische Daten zeigt Folgendes: Es gibt eine Vielzahl von Entwicklungsländern, die trotz massiver Zunahme ihrer agrarischen Exporte während der letzten Jahre ihren Wohlstand nicht steigern konnten. Im Gegenteil, zum Teil verdienen sie heute mit dem Export dieser Rohstoffe weniger als zuvor. Angesichts der immer noch vorhandenen Abhängigkeit von einigen wenigen Rohstoffen ist diese Entwicklung für die ProduzentInnen in den betreffenden Ländern fatal. Diese Situation hat mit dem massiven Verfall der Weltmarktpreise für agrarische Rohstoffe zu tun, der sich seit Jahrzehnten beobachten lässt. Die Weltmarktpreise für diese Rohstoffe sind heute so tief wie schon lange nicht mehr. Der Trend ist bei Kaffee, Tee, Kakao, Baumwolle und vielen anderen agrarischen Rohstoffen, die in Entwicklungsländern produziert werden, zu beobachten – aber auch bei vielen Getreidesorten (Weizen, Mais, Soja, Reis etc.) und anderen Agrargütern, die im Süden wie im Norden angebaut werden. Der Grund für diese Situation liegt in der strukturellen Überproduktion landwirtschaftlicher Güter und einer relativ preisunabhängigen Nachfrage.

Daryll Ray, Daniel De la Torre Ugarte und Kelly Tiller (2003) haben in ihrer Studie *Rethinking US Agricultural Policy: Changing Course to Secure Farmer Livelihoods Worldwide* diese Zusammenhänge aufgezeigt. Ohne jegliche Regulierung der Angebotsmenge von agrarischen Rohstoffen kommt es – insbesondere in Ländern, in denen aufgrund der Technologisierung und Indus-

trialisierung der Landwirtschaft laufend Überschüsse produziert werden können – zu einem strukturellen Überangebot. Ein einzelner landwirtschaftlicher Produzent wird immer danach trachten, sein gesamtes Land zu bebauen. Ohne Regulierung (z.B. Produktionsquoten oder Landstilllegungsprogramme) bedeutet das, dass in der Tendenz die gesamte bebaubare Agrarfläche in Produktion steht. Sinkt z.B. der Preis für Weizen oder Milch aufgrund von struktureller Überproduktion und damit die daraus produzierten Produkte, steigt der Konsum kaum oder nicht an. Denn Menschen konsumieren tendenziell ein konstantes Maß an Kalorien. Sie verändern bei sinkenden Lebensmittelpreisen allenfalls die Zusammensetzung ihrer Nahrung, konsumieren jedoch volumenmäßig nicht mehr.

In ihrer Analyse der US-Landwirtschaftspolitik versuchen Ray, De la Torre Ugarte und Tiller diesen Zusammenhang empirisch zu belegen. Im Aggregat sind weder die Produktionsentscheidungen der landwirtschaftlichen ProduzentInnen noch die Entscheidungen der KonsumentInnen sehr preiselastisch. Ein „freier“ Markt in der Landwirtschaft bedeutet also permanente strukturelle Überproduktion, mit tiefen, nicht kostendeckenden und hoch volatilen Preisen für die ProduzentInnen. Aufgrund dieses Wissens war die US-Landwirtschaftspolitik auch durch entsprechende Schutzmechanismen gekennzeichnet. Flächenstilllegungsprogramme, Getreidereserven und Preisstützungen waren zentrale Instrumente, um die Produktionsmenge zu begrenzen und kostendeckende Preise für landwirtschaftliche ProduzentInnen sicherzustellen. Auch die EU verfügt über derartige Instrumente in ihrer Landwirtschaftspolitik.

Mit der so genannten *Freedom to Farm Bill* wurden 1996 diese angebotsregulierenden Maßnahmen abgeschafft. In der Folge kam es zu einem massiven Anstieg der Getreideproduktion in den USA und in der Konsequenz zum Verfall des US-amerikanischen und zugleich des Weltmarktpreises für diese Getreidesorten. Der Preisverfall für die acht wichtigsten Getreidesorten seit 1996 beträgt rund 40% (vgl. Ray/De la Torre Ugarte/Tiller 2003). Der massive Anstieg der US-amerikanischen Subventionszahlungen erfolgte rund zwei Jahre nach dieser Agrarreform. Ein beträchtlicher Teil dieser Zahlungen besteht aus Ausgleichszahlungen zwischen tiefen Weltmarktpreisen und den tatsächlichen Produktionskosten. Entwicklungsländer können ihren ProduzentInnen, insbesondere den Kleinbauern und -bäuerinnen, keine derartigen Ausgleichszahlungen geben.

Die gleiche Situation von verfallenden Weltmarktpreisen lässt sich auch für so genannte tropische Agrarrohstoffe wie Kaffee, Zucker oder Kakao feststellen. Auch hier gab es bis in die 1980er Jahre angebotsregulierende Maßnahmen, die den Exportländern und ihren ProduzentInnen einen kostendecken-

den Preis sicherten. Die internationalen Rohstoffabkommen für Kaffee und Kakao, die die Exportmengen der jeweiligen Länder regulierten, wurden in den 1980er Jahren abgeschafft (vgl. Koning/Calo/Jongeneel 2004). Der massive Preisverfall für diese Rohstoffe stellte sich relativ rasch ein. Zum einen deshalb, weil aufgrund des damals noch relativ hohen Preises die Kaffeeproduktion in den betreffenden Ländern ohne jegliche Mengenbeschränkungen enorm anstieg, zum anderen weil Vietnam – u.a. mit massiver Unterstützung der Weltbank – in die Kaffeeproduktion einstieg. KaffeebäuerInnen verdienen heute für ein Kilo Rohkaffee weniger als die Hälfte des noch Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre erzielbaren Preises.

Zentral im Hinblick auf die Analyse dieser Situation ist, dass der Preisverfall bei allen agrarischen Rohstoffen – unabhängig davon, ob die jeweiligen ProduzentInnen dafür Subventionszahlungen erhalten oder nicht – festzustellen ist. Es sind vielmehr angebotsbeschränkende Maßnahmen – sei es auf nationaler oder internationaler Ebene –, die im Rahmen der „Liberalisierung der Landwirtschaft“ in den letzten Jahrzehnten abgeschafft wurden.

Für die meisten Entwicklungsländer und insbesondere ihre ProduzentInnen ist daher die Frage eines höheren Weltmarktpreises heute weitaus zentraler, als jene nach mehr Exportmärkten. Denn im Süden lebt immer noch ein Großteil der Menschen von der Landwirtschaft. Sinkende oder tiefe Weltmarktpreise bedeuten sinkendes Einkommen und steigende Armut – für die einzelnen ProduzentInnen ebenso wie für die Länder selbst. Geringe Weltmarktpreise bedeuten weniger Deviseneinnahmen und somit weniger Devisen zur Begleichung der Auslandsschulden. Die Forderung nach weiteren Zollreduktionen insbesondere in Industrieländern, die im Rahmen der aktuellen Agrarverhandlungen laut wird, wäre zwar ein Schritt in Richtung „weniger unfairer Protektionismus“. Sie wird aber im Wesentlichen wirkungslos für den Entwicklungs- und Armutsreduktionsanspruch bleiben und lediglich bestehende Trends von Überproduktion und sinkenden Rohstoffpreisen weiter vorantreiben.

5. Subventionszahlungen als Ursache der Handelsverzerrungen im Agrarsektor?

Vor dem Hintergrund dieser Situation gilt es einen näheren Blick auf die Rolle der Subventionszahlungen zu werfen. Bereits bei der ersten Verhandlung des WTO-Agrarabkommens und auch im Rahmen der laufenden Verhandlungen zur Reform dieses Abkommens stehen die Subventionszahlungen (Exportförderungen wie auch interne Förderzahlungen) – neben dem Zollabbau – im Zentrum der Debatte. Diese Zahlungen werden in der Mainstreamde-

batte als Ausdruck eines unfairen Protektionismus dargestellt. Exportsubventionen und andere Formen der Exportförderung sind Instrumente mittels derer insbesondere die EU und die USA bisher ihre Überschussproduktion vorwiegend in Entwicklungsländer unterhalb der tatsächlichen Produktionskosten verkauft haben. Die Folge dieser unfairen Importkonkurrenz ist die sukzessive Zerstörung der lokalen Landwirtschaft. Die Frage der Exportförderungen ist im Rahmen der laufenden Verhandlungen im Hinblick auf die Zielsetzung und die bisherigen Verhandlungsfortschritte am klarsten. Die EU wird ihre Exportsubventionen abschaffen, ebenso wird die USA ihre Exportkredite verändern müssen. Die Ausgestaltung dieser Zusagen – u.a. bis wann z.B. die EU ihre Exportsubventionen abschafft – ist noch Gegenstand der laufenden Gespräche. Von diesen Veränderungen werden vor allem die großen Agrarexporte im Süden – allen voran Brasilien – aber auch Australien und Neuseeland profitieren. Sie haben die notwendigen Produktionskapazitäten und Infrastruktur, um jene Märkte zu bedienen, die heute von gedumpten EU- oder US-Produkten überschwemmt werden. Während die Abschaffung dieser Exportförderungen zweifelsohne ein Schritt in die richtige Richtung ist, bleibt jedoch die Frage offen, ob die Ablöse der EU- und US-Exporte durch jene von großen Agrarexporteurern im Süden einen Beitrag in Richtung Ernährungssouveränität leistet. Insbesondere jene Entwicklungsländer, deren eigene landwirtschaftliche Produktion durch unfaire Importkonkurrenz seit Jahren geschwächt bzw. zerstört wurde, werden durch den Ersatz von Dumpingprodukten durch Billigimporte aus anderen Entwicklungsländern weiterhin kaum Rahmenbedingungen haben, um ländliche Entwicklung, Ernährungssicherheit und Lebensunterhalt (und somit auch Beschäftigung) für ihre Bevölkerung sicherzustellen. So konkurrenziert bereits heute thailändischer Reis in Afrika mit lokal angebautem oder in Zukunft brasilianischer Zucker mit jenem, den senegalesische Bauern und Bäuerinnen durchaus auch selbst produzieren können.

Die im Rahmen der laufenden WTO-Verhandlungen vorgeschlagene Ausnahme von so genannten „speziellen Produkten“ von weiterer Marktöffnung, die für die Nahrungsmittelsicherheit, den Lebensunterhalt und ländliche Entwicklung wichtig sind, sind zwar ein Schritt in die richtige Richtung. Sie bieten dennoch keine Basis für eine grundlegende und dauerhafte Lösung für einen weitaus umfassenderen Schutz der eigenen lokalen landwirtschaftlichen Produktion. Wie bereits weiter oben erwähnt, werden gegenwärtig immer noch 90% der landwirtschaftlichen Produktion lokal produziert UND konsumiert. Im Hinblick auf die Vorschläge zu „speziellen Produkten“ ist zum einen zu erwarten, dass die Zahl sowie Anwendungsmöglichkeit für diese Ausnahmen angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse eher gering ausfallen wird. Alle großen Agrarexporteur

im Norden wie im Süden stehen diesen Schutzmaßnahmen mehr oder weniger kritisch gegenüber. Zum anderen basiert dieses Konzept darauf, dass die Liberalisierung des Agrarmarktes grundsätzlich richtig ist und es lediglich für allfällige „Pannen“ entsprechende Ausnahmen braucht. Der Wert dieser Vorschläge liegt vor allem darin, die so genannten *Non-Trade Concerns* wie Nahrungsmittelsicherheit, Lebensunterhalt und ländliche Entwicklung in der Debatte zu verankern und zu thematisieren. Es zeigt, dass die Frage des Agrarhandels nicht losgelöst von diesen und anderen Fragen (z.B. die ökologische oder soziale Dimension betreffend) diskutiert und gelöst werden kann.

Exportförderungen werden jedoch nicht alleine als Ursache für Dumping und niedrige Weltmarktpreise benannt, sondern auch die internen Subventionszahlungen. Um „faire“ Rahmenbedingungen für alle WTO-Mitglieder zu schaffen und die Probleme der Überproduktion und der tiefen Weltmarktpreise zu lösen, ist daher der gänzliche Abbau dieser Subventionen das Ziel. Ray, De la Torre Ugarte und Tiller weisen jedoch in ihrer Studie (2003) darauf hin, dass für die Frage der Überproduktion und des Preises vor allem die in Produktion stehende Fläche relevant ist – und weniger das Ausmaß oder das Bestehen von Subventionszahlungen. Betrachtet man die Erfahrungen von Ländern, die vormals interne Subventionszahlungen zur Gänze abgeschafft haben, so zeigt sich, dass die landwirtschaftlich genutzte Fläche mehr oder weniger gleich groß geblieben ist. Kanada, Australien und Neuseeland haben viele ihrer internen Subventionszahlungen in den 1990er Jahren abgeschafft. Es kam kaum zur Brachlegung von landwirtschaftlich bebaubarem Land, sondern lediglich zu einer Veränderung dessen, was angebaut wurde und zu einer weiteren Konzentration der Produktionsstrukturen. Die Weizenproduktion in Kanada fiel zwischen 1991 und 2001 um rund 23%, die Produktion von Ölsamen (Canola und Soja) nahm um 143% zu. In Australien hat der Anbau von Getreidesorten mit der Abschaffung der Wollsubventionen zugenommen. Ein beträchtlicher Teil des Schafweidelandes wird heute für den Anbau von Getreide und Ölsamen (Canola, Soja, Baumwollsamens, Linola, Leinsamen, Erdnüssen und Sonnenblumen) verwendet! (vgl. Ray/De la Torre Ugarte/Tiller 2003).

Wie die Beispiele Kanada, Australien und Neuseeland zeigen, ist bei einem vollständigen Abbau aller internen Subventionszahlungen in den USA und der EU mit ähnlichen Szenarien zu rechnen. Die in Produktion stehende landwirtschaftliche Fläche würde kaum verringert werden (wenn man von einigen wenigen schwerbebaubaren Alpen/Bergregionen in der EU absieht), es käme allenfalls zu einer leichten Veränderung der Zusammensetzung der angebauten Produkte. Die Aufrechterhaltung der Produktion ginge einher mit einer weiteren Konzentration und Industrialisierung der landwirtschaftlichen Produk-

tion, die für die Erzielung von Skalenerträgen notwendig sind. Ein massiver Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion und ein Anstieg der agrarischen Rohstoffpreise als Folge der Abschaffung der Subventionszahlungen ist somit in erster Linie Wunschenken und basiert nicht auf den vorhandenen empirischen Erfahrungen in Ländern mit ähnlichen Produktionsstrukturen.

Da letzten Endes viele der großen Agrarländer/-regionen ähnliche agrarische Rohstoffe herstellen (Weizen, Reis, Soja, Mais etc.), bleibt das strukturelle Problem der Überproduktion und zu niedriger Rohstoffpreise ohne jegliche Regulierung der Produktionsmenge und Anbauflächen weiterhin bestehen. Eine allfällige Veränderung der Zusammensetzung der landwirtschaftlichen Produktion in den jeweiligen Ländern wird allenfalls kurzfristig zu höheren Preisen und Einkommen führen.

Das Verständnis dieses Zusammenhangs ist zentral, um die in der WTO vorgeschlagenen Reformen entsprechend bewerten zu können. Letztlich bedeutet dies, dass die von Weltbank und Co. propagierten Einkommens- und Wohlstandsgewinne für Entwicklungsländer durch den Abbau dieser Subventionszahlungen und Zölle in Industrieländern nicht oder nur sehr eingeschränkt eintreten werden. Weder werden die Rohstoffpreise drastisch steigen, noch werden die Entwicklungsländer ihre Exporte in die Industrieländer für all jene Produkte, die dort angebaut werden können, massiv erhöhen.

Die allfälligen Zugeständnisse, die Entwicklungsländer und Agrarexporture jenen Industrieländern – insbesondere den USA und der EU – im Bereich der internen Subventionszahlungen abringen können, mögen zwar ein Beitrag zu einem Stück weniger unfairen Protektionismus sein. Die strukturellen Ursachen der bestehenden Probleme im Agrarhandel werden dabei jedoch nicht beseitigt. Mit der weiteren Öffnung der eigenen Agrarmärkte durch den weiteren Zollabbau entfernen sich insbesondere Entwicklungsländer einen Schritt mehr von ihrer Nahrungsmittelsouveränität. Im Kontext eines Agrarhandels, der durch zunehmend geringere Zollbarrieren gekennzeichnet ist, sind interne direkte Förderzahlungen nichts anderes als eine andere Schutzform für landwirtschaftliche ProduzentInnen. Die Umstellung auf direkte Förderzahlungen erlaubt es den USA und der EU, die innerhalb ihres Landes/ihrer Region bezahlten Rohstoffpreise an den Weltmarktpreis anzunähern, ohne dabei die eigene landwirtschaftliche Produktion und damit gewissermaßen ihre Nahrungsmittelsouveränität zu zerstören. Die heute intern sinkenden Rohstoffpreise in der EU oder den USA sind dabei in erster Linie im Interesse der weiterverarbeitenden Lebensmittelindustrie.

Die bisherigen Vorschläge zum Abbau der internen Subventionszahlungen im Rahmen der laufenden Verhandlungen deuten darauf hin, dass die vor-

geschlagenen Reduktionen eher kosmetisch denn real sein werden. So hat die EU klar gemacht, dass ihre Agrarreform mit der Entkoppelung der internen Subventionszahlungen einen wichtigen Beitrag zum Abbau der Handelsverzerrungen leisten wird. Nach den oben beschriebenen Einschätzungen soll diese Reform die Überschussproduktion in der EU verringern – und somit auch deren Exporte. Die Reform erlaubt der EU auch einen Großteil ihrer internen Förderzahlungen in der „Grünen Box“ zu klassifizieren. Die ist die Kategorie für wenig/nicht handelsverzerrende Subventionszahlungen. Die USA hingegen versucht ihre gegenzyklischen Ausgleichszahlungen, die sie bei zu niedrigen Weltmarktpreisen an ihre ProduzentInnen zahlen, durch die Neudefinition der „Blauen Box“ (handelsverzerrende Zahlungen, die bisher jedoch an die Beschränkung der Produktion gebunden waren) innerhalb des WTO-Abkommens zu „legalisieren“.

Von der aktuellen Verhandlungsrunde ist also kaum zu erwarten, dass im Bereich der internen Subventionszahlungen seitens der EU und den USA große Zugeständnisse gemacht werden. Vielmehr versuchen beide Handelsmächte ihre bestehenden Zahlungen weiterhin im Rahmen des WTO-Agrarabkommens legal abzusichern. Ein allfälliger Abbau von Importzöllen in Industrieländern kann mit diesem System ohne größere Probleme bewerkstelligt werden. Die großen VerliererInnen dieses weiteren „Liberalisierungsschrittes“ werden einmal mehr die KleinproduzentInnen im Süden und im Norden sein, die GewinnerInnen transnationale Konzerne entlang der Lebensmittelkette.

6. Wer profitiert von der Liberalisierung des Agrarhandels?

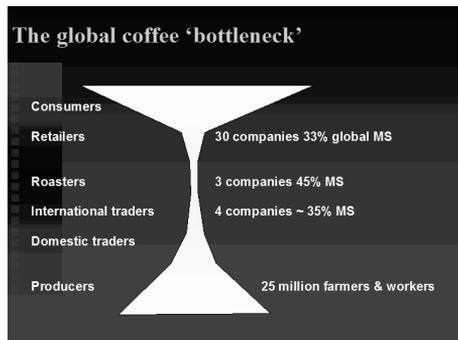
Diese Frage kann heute nicht mehr auf den Nord/Südaspekt reduziert werden. Wie bereits mehrmals schon angedeutet, bedarf es eines Blickes auf die bestehenden Marktstrukturen entlang der gesamten Lebensmittelkette, um diese Frage beantworten zu können. In den letzten Jahrzehnten hat sich eine enorm konzentrierte Marktstruktur in diesem Sektor entwickelt. AutorInnen, wie z.B. Philipp McMichael (2004) sprechen vom so genannten *Corporate food regime* – einem konzerngetriebenen und -kontrollierten Lebensmittelregime. Von der Produktion von Samen, Düngemitteln und Pestiziden, dem Handel und Transport von agrarischen Rohstoffen, deren Verarbeitung und dem Verkauf von Lebensmitteln – alle Bereiche werden heute jeweils von einer Hand voll von transnationalen Unternehmen kontrolliert. So kontrollieren z.B. drei Konzerne 45% der Kaffeeröstung weltweit, 30 Supermarktketten teilen sich ein Drittel der gesamten Lebensmittelverkäufe weltweit. 40% der Kakaoerverarbeitung wird von vier Unternehmen kontrolliert, drei derselben Unternehmen

kontrollieren auch den Hauptanteil der Sojaverarbeitung und -exporte in Lateinamerika, die zu großen Teilen für die Fleischproduktion in Europa verwendet werden (vgl. Vorley 2003). Syngenta, Unilever, Nestle, Danone, Cargill, Wal Mart und Carrefour sind nur einige der bekannten Konzernnamen. Diese Unternehmen sind transnationale Unternehmen und haben dementsprechend Niederlassungen in all jenen Ländern, die für sie von strategischer Bedeutung bzw. deren Märkte für sie interessant sind.

Diese Konzerne sind immer öfter vertikal integriert, d.h. sie haben Geschäftsfelder und Unternehmen entlang der Lebensmittelproduktion. Cargill, ein US-amerikanischer Konzern, hat Tochterunternehmen oder Beteiligungen im Bereich der Samenproduktion, der Erstverarbeitung von Mais und Soja, Transportunternehmen, Schweine- und Rindermastzucht sowie Fleischverpackungsanlagen. In Argentinien und Brasilien produziert Cargill die Futtermittel für ihre in den USA angesiedelte Fleischproduktion. Diese exportiert Cargill mittels eigener Transportunternehmen in die USA.

Für diese global operierenden Unternehmen sind Handelsbarrieren – sei es z.B. in Form von Zöllen oder Standards – Kosten. Ohne diese Barrieren könnten sie aufgrund von Kostenersparnissen höhere Gewinne erzielen. Der Abbau insbesondere von Zöllen und anderen nicht-tarifären Handelshemmnissen im Bereich der Agrarmärkte ist daher vor allem im Interesse dieser Konzerne. Die Unternehmen lobbyieren Regierungen in Industrie- und Entwicklungsländern gleichermaßen, um die (Handels-)Regeln für die Agrar- und Lebensmittelproduktion in ihrem Sinne zu gestalten.

Wie die unten stehende Grafik zeigt, gleichen die gegenwärtigen Marktstrukturen einer Sanduhr: Viele Bauern/Bäuerinnen sehen sich machtvollen Konzernen gegenüber, die zunehmend den Preis und andere Bedingungen vorgeben. Neben der strukturell verankerten landwirtschaftlichen Überproduktion in Folge des Abbaus von mengenkontrollierenden Instrumenten ist heute die enorme Markt- und somit Machtkonzentration ein weiterer Faktor für extrem niedrige Rohstoffpreise. Aber auch KonsumentInnen sind dieser Marktmacht ausgeliefert. Supermärkte entscheiden heute letztlich über die Qualität des Angebotes und auch über den Preis, den KonsumentInnen zahlen. Zwischen den Rohstoffpreisen für LandwirtInnen und den Endverbraucherpreisen entsteht somit eine immer größere Kluft. Entlang der Lebensmittelkette kommt den Supermärkten in Industrieländern heute die größte Macht zu (vgl. Lang/Heasman 2004).



Grafik 1: Die Marktstruktur für Kaffee
 Quelle: Vorley B. (2003); IIED/UK Food Group.

Transnationale Konzerne entlang der Lebensmittelkette und angelagerte Dienstleistungsunternehmen sind somit jene, die vom Agrarhandel heute in erster Linie profitieren. Die VerliererInnen sind die landwirtschaftlichen KleinproduzentInnen, die LohnarbeiterInnen, die KonsumentInnen und die Umwelt.

7. Die Liberalisierung der Landwirtschaft: Weder weniger Protektionismus noch ein Schritt hin zu mehr Ernährungssouveränität

Die im Rahmen der WTO diskutierte weitere Öffnung der Agrarmärkte (Abschaffung von protektionistischen Maßnahmen wie Subventionen und Zölle) bewirkt also in erster Linie die Herstellung eines globalen Marktes für Agrarprodukte, in dem alle Bauern und Bäuerinnen im Süden wie im Norden zueinander in Konkurrenz gesetzt werden. Philipp McMichael spricht von der Etablierung einer *World Agriculture* (vgl. McMichael 2004). Diese erfolgt nicht nur über den Abbau von Zöllen und Schutzmaßnahmen im Rahmen der WTO-Agrarverhandlungen, sondern auch über andere Maßnahmen, die dazu führen, dass ProduzentInnen die Kontrolle über die natürlichen Ressourcen (Samen, Land, Wasser etc.) verlieren. Somit wird die „Enteignung“ bzw. „Privatisierung“ der ProduzentInnen in der Landwirtschaft vorangetrieben. Biotechnologie und die damit verbundene massive Förderung und Nutzung des Konzepts des intellektuellen Eigentums oder auch die Liberalisierung und Privatisierung der Wasserversorgung sind derartige Maßnahmen.

Vor dem Hintergrund der vorhandenen Markt- und Machtstrukturen führt jede weitere Marktöffnung, wie derzeit vorgeschlagen, zu einer Aus-

weitung der Handlungs- und Profitmöglichkeiten der in diesem Feld tätigen transnationalen Konzerne. Diese sind heute in allen wichtigen WTO-Mitgliedsländern vertreten und lobbyieren dort für die weitere Liberalisierung des Agrarhandels. In der Agrarfrage und v.a. im Hinblick auf entwicklungspolitische Fragestellungen ist der zentrale Widerspruch heute nicht mehr jener zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, sondern jener zwischen einem konzerngesteuerten Nahrungsmittelregime und einer kleinräumigen, nachhaltigen, von den ProduzentInnen kontrollierten Landwirtschaft. Vor diesem Hintergrund gilt es zu begreifen, dass die Regierungen jener WTO-Mitgliedsländer, die sich heute im Rahmen der Agrarverhandlungen intensiv einbringen, in erster Linie die Interessen dieser transnationalen Konzerne vertreten. Letztere kontrollieren in zunehmendem Maße die landwirtschaftliche Produktion in all diesen Ländern. So genannte „nationale Kapitale“ bzw. Unternehmen verschwinden zunehmend und damit auch nationalstaatliche spezifische Interessen. Die Agrarexportinteressen und handelspolitischen Positionen Brasiliens oder Argentiniens repräsentieren zunehmend die Interessen von Cargill und anderen transnationalen Agrokonzernen. Der Einkauf in oder der Aufkauf nationaler Agrarkonzerne lässt vormals nationale Agrarexportinteressen mit jenen von transnationalen Konzernen zunehmend verschmelzen. Die Interessen der brasilianischen oder argentinischen KleinproduzentInnen werden in den Agrarverhandlungen nicht oder nur marginal mitberücksichtigt. Denn für sie wäre die Aufrechterhaltung von Schutzinstrumenten wie Zöllen eine Notwendigkeit, um sie vor unfairer Importkonkurrenz zu schützen. Dasselbe gilt für die USA, die EU und andere Agrarexporteure, aber auch Entwicklungsländer, die bereits heute im Visier dieser Konzerne als zukünftige Produktionsstätten für billige Agrarrohstoffe sind.

Eine weitere Liberalisierung der Agrarmärkte, wie sie im Rahmen der WTO-Doha-Verhandlungen vorgeschlagen und vorangetrieben wird, wird die Industrialisierung der Landwirtschaft unter der Kontrolle einer Hand voll von transnationalen Konzernen verstärken. Die Abschaffung der Exportsubventionen und anderer Exportförderungen sowie allfällige Senkungen der Subventionszahlungen können zwar als eine Verringerung eines unfairen Protektionismus angesehen werden. Denn Entwicklungsländer haben in einem Agrarmarkt, in dem die Importzölle sukzessive abgebaut werden, keine alternativen Schutzmechanismen, um ihre landwirtschaftliche Produktion zu schützen. Der Abbau dieser Schutzinstrumente in Europa und den USA wird nicht mehr Schutz oder mehr Chancen für die KleinproduzentInnen in Entwicklungsländern bringen.

Somit sind die am Tisch liegenden Vorschläge jedenfalls kein Schritt in Richtung Nahrungsmittelsouveränität – sofern man dieses Konzept entsprechend seiner Urheber, der internationalen Bauernbewegung Via Campesina, begreift. Ihre Definition, basierend auf der Forderung nach der Realisierung des Rechtes auf Nahrung, ist eng verknüpft mit dem „Recht“ lokal Nahrungsmittel produzieren zu können. Nahrung wird dabei auch als etwas sich grundlegend von anderen Handelsprodukten Unterscheidendes definiert. Nahrung ist in erster Linie und vor allem ein „Lebensmittel“ – neben Wasser etwas, was Menschen zum Leben/Überleben benötigen – und erst in zweiter Linie ein Handelsgut.

Via Campesina definiert dieses Konzept weiter wie folgt:

„Um die Unabhängigkeit und Ernährungssouveränität aller Menschen dieser Welt zu garantieren, ist es wichtig, dass Nahrung durch ein diversifiziertes Produktionssystem hergestellt wird, dessen Kernakteure Bauern/Bäuerinnen sind. Ernährungssouveränität ist das Recht von Völkern ihre Agrar- und Lebensmittelpolitiken selbst zu bestimmen, lokale landwirtschaftliche Produktion zu schützen und zu regulieren um nachhaltige Entwicklungsziele zu erreichen, das Ausmaß des Selbstversorgungsgrades selbst zu bestimmen sowie sich vor unfairer Importkonkurrenz und Dumping schützen zu können. Ernährungssouveränität ist nicht gegen den Handel von Agrargütern, sondern für die Förderung von Handelspolitiken und -regeln, die das Menschenrecht auf sichere, gesunde und ökologisch produzierte Lebensmittel fördert“ (Via Campesina 2001 in McMichael 2004).

Dieses Konzept stellt lokale/nationale Agrarpolitiken, deren Ziel die Sicherstellung der Ernährung der jeweiligen Bevölkerung ist, in den Vordergrund. Im Hinblick auf Handelsregeln für den internationalen Agrarhandel würde das bedeuten, dass jedes Land die Möglichkeit haben muss, seine eigene landwirtschaftliche Produktion vor unfairer Importkonkurrenz schützen zu können bzw. die Importmengen kontrollieren zu können. Nicht der Abbau von Zöllen und quantitativen Importbeschränkungen stünden auf der Tagesordnung, sondern die Etablierung eines sinnvollen Schutzsystems, das Schutz ermöglicht, wo er nötig ist, und Handel dort, wo gewünscht, im Sinne der ProduzentInnen, KonsumentInnen und der Umwelt sinnvoll reguliert.

Die WTO-Agrarverhandlungen zielen hier jedoch genau in eine andere Richtung: Bestehende Schutzinstrumente – allen voran Zölle und andere Importbeschränkungen – sollen abgeschafft werden, ebenso wie letztlich alle internen Subventionszahlungen. So gesehen steht das Konzept und Ziel der Ernährungssouveränität im Widerspruch zum Konzept der Liberalisierung des Agrarhandels.

Literatur

- Agribusiness Accountability Initiative. <http://www.agribusinessaccountability.org/>, 23.9.2005.
- Clay, Jayson (2004): *World Agriculture and the Environment. A Commodity-by-Commodity Guide to Impacts and Practices*. Washington D.C.: Island Press.
- FAO (2004): *The State of Agricultural Commodity Markets (SOCO)*. Rome: FAO.
- Gouin, Daniel-Mercier (2004): *Supply Management in the Dairy Sector, Still an Appropriate Regulation Method?* <http://www.go5qubec.ca/en/documents.php>, 23.9.2005.
- Koning, Niek/Calo, Muriel/Jongeneel, Roel (2004): *Fair Trade in tropical crops is possible. International commodity agreements revisited*. South Center. Wageningen. <http://www.north-south.nl/index.php/item/666>, 23.9.2005.
- Lang, Tim/Heasman, Michael (2004): *Food Wars. The Global Battle for Mouths, Minds and Markets*. London: Earthscan.
- Lawrence, Felicitas (2003): *Not on the label. What really gets into the Food on your plate*. London: Penguin Books Ltd.
- Lines, Tom (2004): *Commodities Trade, Poverty Alleviation and Sustainable Development. The Re-emerging Debate. Paper Sponsored by the Common Funds for Commodities for UNCTAD XI*. Sao Paolo.
- McMichael, Philipp (2004): *Global development and the corporate food regime. Paper prepared for Symposium on New Directions in the Sociology of global Development*. July 2004. Trondheim.
- Murphy, Sophia (2003): *The Uruguay Round Agreement on Agriculture and its renegotiation. Occasional Papers – Dialogue on Globalisation*. Geneva: Friedrich Ebert Stiftung.
- Murphy, Sophia (2004): *UNCTAD XI: Challenging the Commodity Crisis*. Minneapolis: IATP.
- Ray, Daryll E./De la Torre Ugarte, Daniel/Tiller, Kelly J. (2003): *Rethinking US Agricultural Policy: Changing Course to secure Farmers Livelihoods Worldwide*. Tennessee: University of Tennessee.
- Vorley, Bill (2003): *Food, Inc. Corporate concentration from farmer to consumer*. UK Food Group. London.

Abstracts

Seit Ende 2001 versuchen die WTO Mitglieder das bestehende WTO Abkommen neu zu verhandeln. Dieses Abkommen wurde im Rahmen der Uruguay Runde erarbeitet und hatte zum Ziel, bestehende Verzerrungen im Handel mit Agrargütern, wie z.B. den Verkauf von Produkten unterhalb ihrer Produktionskosten (bekannt als Dumping), zu verringern bzw. zu beseitigen. Die Abschaffung von Exportsubventionen, die Reduktion interner Subventi-

onzahlungen insbesondere der EU und der USA sowie die Verringerung von Importzöllen standen damals und stehen heute im Zentrum der Verhandlungen. Der Beitrag zeigt auf, dass die laufenden Verhandlungen zwar in einer Verringerung des unfairen Protektionismus enden mögen, dass die angestrebten Ziele aber keinen Beitrag in Richtung Ernährungssouveränität leisten werden. Die Gewinner der Liberalisierung des Agrarhandels, wie sie in der WTO vorangetrieben wird, sind vorwiegend transnational agierende Agrar- und Lebensmittelkonzerne.

Since the end of 2001 WTO-members try to renegotiate the present WTO Agreement on Agriculture. This agreement was worked out during the Uruguay Round and aimed at reducing or eliminating the existing distortions of trade in agricultural commodities, such as the sale of products below their production costs (known as dumping). The elimination of export subsidies, the reduction of internal subsidies, particularly with regard to the EU and the USA as well as the reduction of import tariffs are to date the main points of discussion.

The article shows that the negotiations may lead to reducing unfair protectionism. However, they will not contribute to establishing real food sovereignty. The winners of liberalising trade in agricultural commodities are above all transnational food and agricultural companies.

Alexandra Strickner
Institute for Agriculture and Trade Policy (IATP)
Geneva Office
15, rue des Savoises
1205 Geneva
Switzerland
astrickner@iatp.org
www.iatp.org
www.tradeobservatory.org